2009-07-23

Stadt Dessau-Roßlau
Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 24.06.2009

Sitzungsbeginn: **16:30 Uhr**
Sitzungsende: **19:25 Uhr**
Sitzungsort: **Raum 228, Rathaus Dessau**

Es fehlten:

Fraktion der CDU
Ehm, Lothar — vertreten durch Herrn Rumpf

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau
Schönemann, Ralf — vertreten durch Herrn Hoffmann

Verwaltung
Hantusch, Joachim, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung — i. V. Herr Schmieder

Raschpichler, Gerd, Dr., Beigeordneter für Gesundheit, Soziales, Bildung und Kultur — i. V. Herr Wolfram

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Oberbürgermeister Koschig eröffnete die Sitzung und stellte die Beschlussfähigkeit fest.

Hinsichtlich der Ladungsfrist beanstandete **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau,** die Einladung nicht fristgerecht erhalten zu haben. Zur Fraktionssitzung am Montag, 15.06.2009, seien noch keine Unterlagen im Briefkasten der Fraktionsgeschäftsstelle gewesen, so dass die 10-Tages-Frist nicht eingehalten wurde. Des Weiteren sehe er keinen Grund, Unterlagen nicht fristgerecht zuzustellen, nur weil sie noch nicht in der Dienstberatung des OB behandelt worden sind. **Frau Beigeordnete Nußbeck** merkte an, dass eine Nachlieferung auch deshalb erforderlich war, weil die betreffenden Vorlagen noch gar nicht fertig gestellt waren, als die Ladung erfolgen musste.

Es wurde richtig gestellt, dass die Ladungsfrist 8 Tage lautet und in den Auslieferungslisten der betreffende Montag als Hinterlegungstag vermerkt worden sei. Sollte dies nicht zutreffen, bat **Herr Koschig** um nochmalige Mitteilung. Es bestand zunächst Akzeptanz seitens Herrn Otto, so dass Herr Koschig die ordnungsgemäße Ladung feststellte.

2. Beschlussfassung der Tagesordnung

Zur vorgeschlagenen Tagesordnung beantragte **Herr Eichelberg, SPD-Fraktion**, die Absetzung der Punkte 7.2 und 7.3. Die Vorlage zu 7.2 war bereits in der gestrigen Sitzung des Sozialausschusses, also im Fachausschuss, nicht behandelt worden. Erst wenn der Fachausschuss seine Zustimmung signalisiert, könne der Haupt- und Personalausschuss darüber befinden.

Man habe sich bereits im vergangenen Jahr dazu verständigt, welche Beiräte in die neue Hauptsatzung aufgenommen und somit gegründet werden sollen, merkte **Herr Koschig** an. Der Kunstbeirat war nicht dabei, weshalb er eine Absetzung dieses Punktes akzeptieren könne. Die Vorbereitung zur Bildung des Integrationsbeirates habe aber auch in der öffentlichen Wahrnehmung eine Reife erlangt, dass bei einer Verweisung Schaden entstehen könnte, gab er weiter zu bedenken.

Die Behandlung des TOP 7.2 lehne er schon aus formellen Gründen ab, führte **Herr Hoffmann, Fraktion Die Linke**, aus. Man könne nicht schon an die Umsetzung einer neuen Hauptsatzung gehen, bevor sie beschlossen ist. Des Weiteren monierte er, dass als Einreicher die Gleichstellungsbeauftragte angeführt sei.

Wie im Sozialausschuss deutlich wurde, müsse die Beiratsbildung generell - nicht nur die beiden heute auf der Tagesordnung stehenden - auf den Prüfstein gelegt werden, erklärte **Herr Dreibrodt, SPD-Fraktion**. Eine entsprechende Grundsatzdiskussion nur zu diesem Thema sollte im Haupt- und Personalausschuss stattfinden.

Es erfolgte die Abstimmung über den Antrag von Herrn Eichelberg mit folgenden Ergebnissen:

Absetzung des **TOP 7.2:**	mehrheitliche Zustimmung (4:2:3)	**abgesetzt**
Absetzung des **TOP 7.3:**	mehrheitliche Zustimmung (7:1:1	**abgesetzt**

Von **Herrn Pätzold**, **Fraktion Die Linke**, wurden die Anträge gestellt, den TOP 7.4 von der Tagesordnung zu nehmen und die Reihenfolge der Behandlung der Punkte 7.13, 7.14 und 7.15 dahingehend zu ändern, dass zuerst die Vorlage zu 7.15 und dann die Punkte 7.13 und 7.14 beraten werden.

Gegen die Absetzung des TOP 7.4 sprach sich **Herr Rumpf, CDU-Fraktion**, aus. Er verwies auf den Stand der Vorbereitung zur Übertragung und dass alle Betroffenen - Belegschaft, Elternschaft, Ortschaftsrat, Gemeindekirchenrat - ihre Zustimmung gegeben haben.

Dort, wo Konsens besteht, wolle man dem nicht entgegenstehen, betonte Herr Hoffmann. Es würden jedoch in der Vorlage Papiere fehlen, die bisher immer gefordert wurden, so z. B. das Betreiberkonzept.

Der Antrag auf **Absetzung des TOP 7.4** wurde mehrheitlich **abgelehnt** (1:7:2).
Es bestand Konsens, die Tagesordnungspunkte 7.13 bis 7.15 in der von Herrn Pätzold vorgeschlagenen Reihenfolge zu behandeln.

Die geänderte Tagesordnung wurde beschlossen.
Abstimmungsergebnis: 8:0:2

4. Genehmigung der Niederschrift vom 20.05.2009

Die Niederschrift wurde bei zwei Enthaltungen bestätigt.

5. Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

- Bestätigung der Besetzung der Stelle des Amtsleiters für Wirtschaftsförderung durch Herrn Marcel Knape
- Vergabe (zwischenzeitlich durch Stadtrat beschlossen)
- Ablehnungsbescheid Zahlung aus Ausgleichsstock

6. Öffentliche Anfragen und Informationen

6.1 Konjunkturpaket II - Information zur aktuellen Finanzierung - Turnhalle Philanthropinum - Museum für Naturkunde und Vorgeschichte - Ersatzneubau Tierheim Vorlage: DR/IV/058/2009/VI-60

Auf Nachfrage von Herrn Otto bezüglich der Ausgaben für das Tierheim und um welche Sicherungsmaßnahmen am Naturkundemuseum es sich handelt, gab Herr Schmieder, Leiter des Bauverwaltungsamtes, Erläuterungen und von Herrn Bekierz, Leiter des Amtes für zentrales Gebäudemanagement, wurde zugesagt, eine entsprechende Aufstellung allen Mitgliedern mit der Niederschrift zur heutigen Sitzung zukommen zu lassen.

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

6.2 Gesamtübersicht über die avisierten Investitionsmaßnahmen aus dem Konjunkturpaket II für die Stadt Dessau-Roßlau 2009/2010 Vorlage: DR/IV/059/2009/II-20

Eine Erläuterung wurde von Frau Nußbeck gegeben. Sie wies darauf hin, dass diese Übersicht fortgeschrieben werde, wenn sich Änderungen ergeben. Mit dieser Zusammenfassung werde auch der Nachweis für das Landesverwaltungsamt erbracht und ist Bedingung für die Beantragung der Mittel.

Herr Pätzold sprach seinen Dank für diese Informationsvorlage aus.
Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

6.3 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Hoffmann sprach die Problematik im Bereich Kühnauer Straße an, wo es Beschwerden der Anwohner über die Beeinträchtigung der Wohnqualität gibt. Von Herrn Koschig wurde bestätigt, dass ein Schreiben mit Unterschriftenlisten hierzu angekündigt wurde. Das Tiefbauamt sei mit der Problematik befasst.

Mit Bezugnahme auf die letzte Sitzung des Jugendhilfeausschusses fragte Herr Giese-Rehm hinsichtlich der abgelehnten Anträge nach. Herr Wolfram nahm diese Problema-

tik auf und sagte eine Prüfung zu. Gleiches galt für die Nachfrage von Herrn Giese-Rehm bezüglich der Änderungen zur Vorlage Übertragung Oranienstraße, wozu im letzten Stadtrat ein Beschluss gefasst worden war.

Herr Pätzold wies darauf hin, dass am nächsten Tag die Ferien beginnen und fragte, ob damit auch die Umbaumaßnahmen an der Zoberbergschule in Angriff genommen werden. Die Vorbereitungen seien abgeschlossen, entgegnete Herr Wolfram. Ergänzend berichtete Herr Bekierz über die einzelnen Maßnahmen, welche in der zweiten Juli-Woche abgeschlossen sein sollen, damit die Austrocknung des Estrichs erfolgen kann. Parallel laufen Messungen zur Beweissicherung. Hauptkriterium bei den Messungen ist aber die Wahrnehmbarkeit des Geruchs.

7. Beschlussfassungen

7.1 Errichtung eines Hugo-Junkers-Denkmals
Vorlage: DR/BV/086/2009/I-OB

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

7.2 Einrichtung eines Integrationsbeirates der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: DR/BV/318/2008/I-GSB

7.3 Bildung eines Kunstbeirates für die Stadt Dessau-Roßlau
- Verweisung aus dem Stadtrat vom 10.06.2009 -
Vorlage: DR/BV/196/2009/BL/Gr

7.4 Übertragung der kommunalen Kindertageseinrichtung "Sonnenkäfer" und Hort an der Grundschule Rodleben an den freien Träger "Evangelische Kirchengemeinde Rodleben"
Vorlage: DR/BV/213/2009/V-51

Herr Hoffmann, Fraktion Die Linke, schickte nochmals seinen Anmerkungen voraus, dass man nicht gegen die Übertragung sei, es müsse jedoch korrekt ablaufen. Wie bereits angesprochen, fehlen Dokumente, so

- das Betreiberkonzept,
- der Nachweis der Bevollmächtigung des Pfarrers und
- der Nachweis der Gemeinnützigkeit.

Beim Letzteren sei ihm nicht klar, ob die angeführte Mildtätigkeit mit Gemeinnützigkeit gleichzusetzen ist.

Die aufgeworfenen Fragen sollten beantwortet werden, schloss sich **Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, an. Der Träger sei auch heute nicht eingeladen worden, ebenso wie im Jugendhilfeausschuss. Wichtig sei, dass der Träger eingeladen wird und die Möglichkeit erhält, sich zu äußern. Nach seiner Kenntnis sei er bereits Träger einer Einrichtung in Roßlau im Kita-Bereich, so dass die Gemeinnützigkeit nicht bezweifelt wird.

Herr Wolfram, Leiter des Schulverwaltungsamtes und in Vertretung des Dezernenten für Gesundheit, Soziales, Bildung und Kultur anwesend, führte aus, mit dieser Vorlage

werde ein Stück des einmal geltenden Stadtratsbeschlusses umgesetzt, beeinträchtigt aber nicht das Vorhaben der Bildung eines Eigenbetriebes. Hier treffe die Übereinstimmung zwischen Wollen, Sollen und Möchten zu. Über das Jugendamt wurde in vielfältiger Weise und Form die gesamte Trägerlandschaft abgefragt.

Auf die Ausführungen von Herrn Pätzold eingehend, betonte Herr Wolfram, dass der Prozess der Bildung eines Eigenbetriebes nicht beeinflusst oder beeinträchtigt wird. Es gebe auch ein Betreiberkonzept. Weshalb dieses der Vorlage nicht angefügt wurde, sei ihm nicht klar, es wird umgehend korrigiert und nachgereicht. Die Verhandlungs- und Unterschriftsbevollmächtigung von Herrn Tobies liegen vor, ebenso wurde die Gemeinnützigkeit abgeprüft, weil dies auch entscheidend für die Refinanzierung ist. Herr Wolfram griff den Hinweis auf, dem Träger Gelegenheit zur Vorstellung zu geben.

Ergänzend wies **Herr Rumpf, CDU-Fraktion,** nochmals darauf hin, dass die Evangelische Kirche Rodleben als Träger wie auch in Roßlau fungieren wird. Von allen Seiten liegen die Zustimmungen vor. Es wurden alle Gremien eingebunden.

Man habe vor einem Jahr darüber gesprochen, bis zur Bildung des Eigenbetriebes sollten keine Übertragungen erfolgen, merkte **Herr Pätzold, Fraktion Die Linke**, nochmals an. Es gehe um die Komplexität, das Vorgehen muss überall gleich sein.

Die Frage, warum der private Träger den Bediensteten nicht mehr zahlen dürfe, warf **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, auf. Hierzu gab **Frau Beigeordnete Nußbeck** eine Erläuterung hinsichtlich der Verpflichtung der Stadt, die Restzahlung übernehmen zu müssen.

Herr Kolze, CDU-Fraktion, erklärte, es spreche alles für diesen Beschluss. Man sollte auch nicht nach außen das Signal geben, dass hier etwas nicht stimmt oder etwas fehlt. Ansonsten bewege sich die Übertragung im Rahmen der gesetzlichen Regelungen. Er richtete den eindringlichen Appell an die Mitglieder des Ausschusses, diese Vorlage mit zu tragen.

Zustimmung wurde ebenfalls von **Herrn Eichelberg** seitens der **SPD-Fraktion** signalisiert. Die Zustimmung der **Fraktion Pro Dessau-Roßlau** gab **Herr Otto** unter Vorbehalt der Ergänzung der angemahnten Unterlagen.

Herr OB Koschig sagte die rechtzeitige Nachreichung zu. Dem Träger soll vor der Stadtratssitzung die Möglichkeit der Vorstellung im Jugendhilfeausschuss gegeben werden.

Nach Abprüfung der Sitzungstermine wurde festgestellt, dass die nächste planmäßige Sitzung des Jugendhilfeausschusses einen Tag nach der Sitzung des Stadtrates sein würde und somit eine Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses erforderlich ist.

Der Haupt- und Personalausschuss gab der Übertragung der Kindereinrichtung entsprechend der Vorlage seine Zustimmung.
Abstimmungsergebnis: 8:0:2

7.5 Konjunkturpaket II - Maßnahmebeschluss Schulinfrastrukturpauschale - Grundschule "Ziebigk"
Vorlage: DR/BV/243/2009/V-40

Herr Schmieder, Leiter des Bauverwaltungsamtes, gab für die Vorlagen zu den Tagesordnungspunkten 7.5 bis 7.12 eine Einführung.

Von Frau Nußbeck wurde erläutert, aus welchem Grund diese Vorlagen nur als Informationsvorlagen zur Kenntnis gegeben werden. Der OB habe hier Dringlichkeitsbeschlüsse gefasst, da die nächste Tagung des Stadtrates zu spät stattfindet.

Die Vorlage wurde zustimmend zur Kenntnis genommen.

7.6 Konjunkturpaket II - Maßnahmebeschluss Schulinfrastrukturpauschale - Grundschule "Geschwister Scholl" (Mauerstraße)
Vorlage: DR/BV/244/2009/V-40

Die Vorlage wurde zustimmend zur Kenntnis genommen.

7.7. Konjunkturpaket II - Maßnahmebeschluss Schulinfrastrukturpauschale - Sporthalle Grundschule Friederikenstraße
Vorlage: DR/BV/245/2009/V-40

Die Vorlage wurde zustimmend zur Kenntnis genommen.

7.8 Konjunkturpaket II - Maßnahmebeschluss Schulinfrastrukturpauschale - Grundschule "Am Akazienwäldchen"
Vorlage: DR/BV/246/2009/V-40

Die Vorlage wurde zustimmend zur Kenntnis genommen.

7.9 Konjunkturpaket II - Maßnahmebeschluss Schulinfrastrukturpauschale - Grundschule "Mosigkau" (Kochstedt)
Vorlage: DR/BV/247/2009/V-40

Zurückkommen auf eine Frage von Herrn Otto zur Fassade an der Schule Kochstedt erläuterte Herr Wolfram, wenn die Gerüste stehen, sollte die Fassade behandelt werden. Diese ist mit Wildwein bewachsen. Diese Dinge werden in die Aufgabenstellung eingearbeitet.

Es wurde festgelegt, diese Aussage in der Niederschrift festzuhalten.
Die Vorlage wurde zustimmend zur Kenntnis genommen.

7.10. Konjunkturpaket II - Maßnahmebeschluss Schulinfrastrukturpauschale - Volkshochschule
Vorlage: DR/BV/248/2009/V-40

Die Vorlage wurde zustimmend zur Kenntnis genommen.

7.11 Konjunkturpaket II - Maßnahmebeschluss Schulinfrastrukturpauschale - Musikschule
Vorlage: DR/BV/249/2009/V-40

Die Vorlage wurde zustimmend zur Kenntnis genommen.

7.12 Konjunkturpaket II - Maßnahmebeschlüsse zu Pauschalförderungen und außerplanmäßige Mittelbereitstellungen
Vorlage: DR/BV/222/2009/VI-65

Zur Vorlage gab es eine Einführung mit der Erläuterung der Darstellung in den Anlagen durch Herrn Schmieder, Leiter des Bauverwaltungsamtes.

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

7.13 Schalltechnische Untersuchungen zum Nachweis der Förderfähigkeit für geplante Lärmminderungsmaßnahmen auf der Basis der Gewährung von Zuwendungen auf der Grundlage des Zukunftsinvestitionsgesetzes (ZuInvG) im Geschäftsbereich des Ministeriums für Landwirtschaft und Umwelt nach Artikel 7 des Gesetzes zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland vom 02. März 2009; BGBl. 2009.I, S. 416ff. (Konjunkturpaket II).
Vorlage: DR/BV/226/2009/VI-66

Eine zusammenfassende Einführung für die nachfolgenden Beschlussvorlagen zu den TOP 7.13 bis 7.20 gab Frau Jung, Abteilungsleiterin Planung und Bau im Tiefbauamt. Sie verwies darauf, dass die Listen noch nicht abschließend sind, da noch nicht sicher ist, ob die Maßnahmen förderfähig sind. Ersatzmaßnahmen werden geprüft. Danach werde es nochmals aufbereitet und abschließend zur Diskussion gestellt. Eine terminliche Dringlichkeit besteht nicht. Wichtig ist dieser Beschluss, um dem Fördermittelgeber zu signalisieren, dass die Mittel in Anspruch genommen werden.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.
Abstimmungsergebnis: 9:0:0

7.14 Durchführung verkehrsorganisatorischer Maßnahmen einschließlich der Optimierung von Lichtzeichenanlagen auf der Basis der Gewährung von Zuwendungen ...
Vorlage: DR/BV/224/2009/VI-66

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.
Abstimmungsergebnis: 9:0:0

7.15 Umgestaltung der Albrechtstraße zwischen Roßlauer Allee und Wolfgangstraße auf der Basis der Gewährung von Zuwendungen …
Vorlage: DR/BV/225/2009/VI-66

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.
Abstimmungsergebnis: 9:0:0

7.16 Bituminöser Hocheinbau als Lärmminderungsmaßnahme in der Elisabethstraße auf der Basis der Gewährung von Zuwendungen ...
Vorlage: DR/BV/227/2009/VI-66

Der Beschluss wurde mehrheitlich gefasst.
Abstimmungsergebnis: 8:0:1

7.17 Bituminöser Hocheinbau als Lärmminderungsmaßnahme in der Bitterfelder Straße auf der Basis der Gewährung von Zuwendungen ...
Vorlage: DR/BV/228/2009/VI-66

Der Beschluss wurde mehrheitlich gefasst.
Abstimmungsergebnis: 8:0:1

7.18 Theaterviertel (Friedensplatz, Akensche Straße, Basedowstraße) auf der Basis der Gewährung von Zuwendungen ...
Vorlage: DR/BV/229/2009/VI-66

Der Beschluss wurde mehrheitlich gefasst.
Abstimmungsergebnis: 8:0:1

7.19 Bituminöser Hocheinbau als Lärmminderungsmaßnahme in der Berliner Straße im Stadtteil Roßlau auf der Basis der Gewährung von Zuwendungen ...
Vorlage: DR/BV/230/2009/VI-66

Dem Beschlussvorschlag wurde mehrheitlich entsprochen.
Abstimmungsergebnis: 8:0:1

7.20 Lückenschluss aktiver Lärmschutz (Lärmschutzwall) an der künftigen B 185 auf der Basis der Gewährung von ...
Vorlage: DR/BV/231/2009/VI-66

Dem Beschlussvorschlag wurde mehrheitlich entsprochen.
Abstimmungsergebnis: 8:0:1

7.21 Hochwassersicherer Ausbau der Südstraße
Vorlage: DR/BV/240/2009/VI-83

Auf Nachfragen hin merkte Herr Schmieder an, dass die technische Ausführung noch nicht 100-%ig klar ist. In der Vorlage steht, unter Vorbehalt der technischen Vorplanung, was mit dem LHW, dem Straßenbaulastträger und dem Planer besprochen wurde.

Zu bedenken gab Herr Giese-Rehm, dass die Kastanien möglichst erhalten und deshalb Spundwände aufgestellt werden sollten.

Gegen mobile Elemente sprach sich Herr Otto aus, da diese eingelagert und aufgebaut werden müssten. Spundwände könnten stehen bleiben.

Zur Frage von Herrn Giese-Rehm, ob die Generalsanierung der Sporthalle Kreuzbergstraße eingezogen wird, entgegnete Herr Wolfram, dass die Mittel jetzt ausgeschöpft seien und in einem zweiten Anlauf die Dinge angeschoben werden. Diese Maßnahme steht auf der Nachrücker-Liste. Frau Nußbeck ergänzte, dass man davon ausgeht, dass das Land Rückgaben aus anderen Kommunen erhält und man da versuchen werde nach zu stoßen.

Der Beschluss zur Vorlage wurde mehrheitlich gefasst.
Abstimmungsergebnis: 8:0:1

12. Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde geschlossen.

Dessau-Roßlau, 22.12.20

Oberbürgermeister Klemens Koschig	E. Baumer
Vorsitzender Haupt- und Personalausschuss	Schriftführerin